

12. November 2025

Schriftliche Anfrage

von Micha Amstad (SP), Lara Can (SP) und Fanny de Weck (SP)

Am Montag, 20. Oktober 2025, streikten und demonstrierten über einhundert Uber-Fahrer:innen in Zürich gegen prekäre Arbeitsbedingungen¹. Umfragen unter den Betroffenen bringen Besorgniserregendes zu Tage. Auch mit einer durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit von über 11 Stunden, was rechtlich nicht zulässig wäre, erhalten die Fahrer:innen nicht genügend Einkommen, um den eigenen Lebensunterhalt zu finanzieren. Zudem unternehmen Uber und andere Plattformunternehmen nach wie vor alles, um die Scheinselbstständigkeit der Fahrer:innen aufrechtzuerhalten und somit ihren Pflichten als Arbeitgeber zu entgehen. Dies zeigt sich an mehreren Gerichtsurteilen².

Der Handlungsbedarf ist dringlich. Gemäss den Aussagen der Fahrer:innen haben sich die schon von Beginn weg schlechten Arbeitsbedingungen weiter drastisch verschlimmert. Aus diesem Grund organisierten sich die Betroffenen selbst und starteten eine Petition, mit welcher sie den Kanton zum Handeln auffordern³. Es ist davon auszugehen, dass die Über-Fahrer:innen regelmässig in der Stadt Zürich arbeiten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Welche Datenbasis steht der Stadt zur Verfügung oder erhebt die Stadt selbst, um die Tätigkeiten von Uber auf dem Stadtgebiet quantitativ zu erfassen? Falls die Datenlage unzureichend ist: Welche zusätzlichen Ressourcen bräuchte es, um eine fundierte Datenbasis zu schaffen?
- 2. Das kantonale Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen und die entsprechende Verordnung (PTLG/PTLV) sehen eine Meldepflicht von Anbieter:innen sowie die Kennzeichnung der verwendeten Fahrzeuge vor. Wie viele Personen leisten Personentransporte über Plattformunternehmen wie Uber in der Stadt Zürich?
- 3. Konnte aufgrund der obengenannten Gesetzgebung die Kontrolle bspw. im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen der Fahrer:innen intensiviert werden? Wenn ja, welche Erkenntnisse lassen sich aus den Kontrollen ziehen? Wir bitten den Stadtrat, falls nötig die entsprechenden Informationen beim Kanton einzuholen.
- 4. Können Aussagen über die Umsätze, welche Uber auf dem Stadtgebiet generiert, getroffen werden?
- 5. Wie beurteilt der Stadtrat die Situation der Fahrer:innen von Uber und anderen Plattformen?

¹ https://www.srf.ch/news/schweiz/streik-der-billig-taxis-dumpingpreise-bei-uber-fahrer-fordern-ein-handeln-der-politik

² https://www.watson.ch/schweiz/uber/357108206-grauenhafte-zustaende-verfassungswidrig-kritik-an-uber-wird-lauter

³ https://act.campax.org/petitions/petition-uber-und-bolt?source=whatsapp&utm_source=whatsapp&share=181d22c5-87ce-4d30-aff4-90e6f6d8f2b9

- 6. Welcher Handlungsbedarf für den Stadtrat ergibt sich aus der entsprechenden Beurteilung?
- 7. Welche Möglichkeiten gäbe es für die Stadt, die Uber-Fahrer bei ihrer Petition und ihren Forderungen gegenüber dem Kanton zu unterstützen?
- 8. Welchen Handlungsspielraum sieht der Stadtrat, um die Tätigkeiten von Uber und anderen Plattformen zu regulieren und damit die Umstände der Fahrer:innen zu verbessern?
- 9. Welchen Handlungsspielraum sieht der Stadtrat, um die Einhaltung arbeitsrechtlicher Bundesvorschriften auf dem Gemeindegebiet zu gewährleisten und damit die Umstände der Fahrer:innen zu verbessern?
- 10. Welche potenziell neuen Handlungsspielräume ergeben sich aus Sicht der Stadt nach Einführung des Mindestlohnes?

11. Kann die Stadt eine Einschätzung abgeben, welche Beweggründe zur Verlegung des Hauptsitzes von Uber nach Luzern geführt hat?

to de ther